

Rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung

Ergebnisse der »Mitte-Studie« 2016

BEATE KÜPPER

Prof. Dr. Beate Küpper, Mercator Fellow, ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach.
www.hs-niederrhein.de

Seit 2002 werden in den »Mitte-Studien« alle zwei Jahre mittels repräsentativer Erhebungen die rechtsextremen Einstellungen in Deutschland ermittelt.

Mit dem Erstarken der neuen Partei Alternative für Deutschland (AfD), ihrer inzwischen unzweifelhaft rechter Positionierung und ihren Erfolgen in den Landtagswahlen der vergangenen zwei Jahre, wird über das Aufkommen von Rechtspopulismus nun auch in Deutschland gesprochen.

Während einige der Ansicht sind, hier würden »Sorgen und Ängste« artikuliert, denen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, beobachten viele andere die Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit großer Sorge. Fast 60 Prozent der Befragten der sogenannten Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung gaben an: »Ich mache mir Sorgen, dass Deutschland politisch weiter nach rechts rückt«, hingegen war nur ein Drittel der Ansicht »Deutschland ist in den letzten Jahren politisch zu weit nach links gerückt.«

Was ist Rechtspopulismus?

Die Studie wurde unter Leitung von Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und in Koautorenschaft von Beate Küpper und Daniela Krause sowie weiterer Autorinnen und Autoren durchgeführt. Sie ist als repräsentative Bevölkerungsbefragung von rund 2.000 Personen ab 16 Jahren angelegt, die im Sommer 2016 telefonisch befragt wurden. (1) Der folgende Beitrag fasst einige der zentralen Ergebnisse der Studie zusammen. (2)

Die Rhetorik des Rechtspopulismus lässt sich im Wesentlichen auf zwei Dimensionen beschreiben:

- einer vertikalen Dimension, auf der ein »Wir hier unten« –, der einfache, hart arbeitende Mann – gegen »Die da oben« – die Eliten, die Politiker, die Medien oder schlicht das »System« – in Stellung gebracht wird,
- und einer horizontalen Dimensionen, in der ein »Wir« – wobei dieses »wir« bewusst unscharf gehalten wird, um die große Heterogenität nicht hervortreten zu lassen – gegen »die anderen« abgegrenzt wird.

Mit den »Anderen« sind jeweils flexibel verschiedene soziale Gruppen gemeint, die als abweichend, ungleich und unnormale betrachtet werden: Eingewanderte und Geflüchtete, Muslime, Juden, Roma, aber auch homosexuelle, arme, manchmal auch behinderte Menschen, Feministinnen und alle jene, die für die Gleichwertigkeit und Gleichstellung dieser verschiedenen sozialen Gruppen eintreten.

Der Rechtspopulismus zeichnet sich durch diese Flexibilität und zugleich die spezifische Kombination der Inszenierung gegen das System und das Establishment und insbesondere durch diese Abwertungskomponente aus, die sich gegen schwache Gruppen und Minderheiten richtet. Zusammengefasst wird darin der antidemokratische Charakter des Rechtspopulismus deutlich, gehören doch Pluralität und Gleichwertigkeit zum Kern von Demokratie.

In der »Mitte-Studie« der Friedrich Ebert Stiftung haben wir rechtspopulistische Einstellungen in Anlehnung an theoretische Überlegungen vieler Autorinnen und Autoren in fünf zentralen Facetten erhoben: Demokratiemisstrau-

en, das sich in kritischen bis feindselig-pauschalisierenden Äußerungen gegen Politiker, Parteien und demokratische Prozesse richtet, einen aggressiven Law-and-Order-Autoritarismus, der härtere Strafen und, um Recht und Ordnung zu erhalten, ein härteres Vorgehen gegen Außenseiter und Unruhestifter fordert, sowie pauschale Abwertungen von Eingewanderten, Muslimen, Asylsuchenden und Roma, die der Pädagoge Wilhelm Heitmeyer unter dem Terminus der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammenfasst.

Hier steht im Kern eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich auch gegen eine Vielzahl weiterer als »anders«, »fremd«, »unnormale« und »ungleich« markierte soziale Gruppen richten kann. Auch die Forderungen von Vorrechten für Etablierte gegenüber Neuankommenden, wie sie von Norbert Elias beschrieben wurden, gehören dazu.

Rechtspopulistische Einstellungen in der Bevölkerung

Zunächst die gute Nachricht: Die große Mehrheit der Deutschen ist positiv gegenüber der Demokratie, der Europäischen Union und kultureller Vielfalt eingestellt. So sind 84 Prozent der Befragten der Ansicht »Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut«, 83 Prozent meinen »Der Zusammenhalt in der EU muss gestärkt werden«, 85 Prozent sind eher oder voll und ganz davon überzeugt »verschiedene kulturelle Gruppen bereichern unsere Gesellschaft« und 80 Prozent stimmen mindestens teils-teils der Aussage zu: »Ich finde es gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat.«

Gleichzeitig werfen einige Beobachtungen ihren Schatten auf das auf den ersten Blick recht positive Stimmungsbild.

Erstens: Ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten vertritt gleichzeitig Einstellungen, die mindestens von einer gewissen Ambivalenz gegenüber Vielfalt und Gleichwertigkeit verschiedener sozialer Gruppen – einem Kernbaustein von Demokratie – zeugen. Beispielsweise stimmt rund ein Drittel der Befragten eher oder sogar voll und ganz der Aussage zu: »Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen« (31 Prozent), ebenso viele meinen: »Durch die Zuwanderung geht die deutsche Kultur verloren« (33 Prozent).

Erheblich ist auch der Anteil jener, die unterstellen »Die Deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert« (40 Prozent) – ein Verschwörungsmythos, der von neurechten Ideologen offenkundig erfolgreich schon bis weit in die Gesellschaft hineingetragen wurde. Gefordert werden von vielen zudem Vorrechte für Etablierte gegenüber Neuankommenden, etwa durch die Zustimmung zu der Aussage »Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind« (35 Prozent). Und jeder achte Befragte ist der Ansicht »Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt« (13 Prozent).

Zweitens: Ein nicht unerheblicher Anteil von rund einem Fünftel der Bevölkerung vertritt damit verknüpfte rechtspopulistische Einstellungen, wettet also pauschal gegen die Demokratie, legt eine aggressiv-autoritäre Grundhaltung an den Tag und ist gegen ganze Bevölkerungsgruppen abwertend eingestellt. Legt man ein weniger strenges Kriterium an, tendieren sogar 40 Prozent in eine rechtspopulistische Richtung. Diese rechtspopulistischen Einstellungen sind eng mit neurechten

mit der Abwertung von langzeitarbeitslosen und wohnungslosen Menschen. Während nur ein Fünftel der Befragten vermutet »Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu«, fordert rund ein Drittel: »Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.« Fast die Hälfte der Befragten ist überzeugt: »Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden« und sogar 60 Prozent sagen: »Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.« All diese Meinungen werden, wie dies Wilhelm Heitmeyer formuliert hat, aus einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gespeist, die zentraler Bestandteil des Rechtspopulismus ist.

Drittens: Mit der Forderung nach »Meinungsfreiheit«, die vermeintlich unterdrückt würde (die Ansicht wird immerhin von 28 Prozent der Befragten geteilt) sind ganz offensichtlich keineswegs menschenfreundliche Meinungen gemeint, die man nicht mehr frei äußern könne, sondern rassistische. Befragte, die meinen »In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern,

»Die große Mehrheit steht positiv zu Demokratie, Europäischer Union und kultureller Vielfalt«

Einstellungen verknüpft, die sich u. a. in dem gerade beschriebenen Mythos einer »Islamverschwörung« zeigen. Zudem hängen sie mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen etliche weitere soziale Gruppen zusammen, das heißt: Wer abwertende Meinungen beispielsweise gegenüber Eingewanderten oder Geflüchteten zustimmt, vertritt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch weitere dieser undemokratischen und abwertenden Meinungen. So hängen rechtspopulistische Einstellungen eng mit Antisemitismus in seiner klassischen wie auch seiner über die Dämonisierung von Israel kommunizierten Fassung, ethnischen Rassismus, Homophobie (d. h. der Abwertung homosexueller Menschen) und Sexismus zusammen. Signifikante Zusammenhänge zeigen sich auch

ohne Ärger zu bekommen« neigen signifikant und deutlich häufiger zu rassistischen, antisemitischen, homophoben, sexistischen und weitere menschenfeindlichen Einstellungen. Sie vertreten insgesamt eher ein Einstellungsmuster, das sich als neurechts beschreiben lässt, und das zudem signifikant mit der Neigung zu Gewalt zusammenhängt, die sich gegen »Fremde« richtet und die eigene Vormachtstellung verteidigt. Unter den Befragten, die eindeutig zum Rechtspopulismus neigen, stimmen beispielsweise 32 Prozent der Aussage eher oder voll und ganz zu: »Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen«, 24 Prozent geben an: »Wenn sich andere bei uns breitmachen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer

Herr im Hause ist.« Unter den Befragten ohne ausgeprägtes rechtspopulistisches Einstellungsmuster stimmen hier nur 9 bzw. 7 Prozent zu. Das bedeutet: Die Grenzen vom Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus sind – was die Einstellungen in der Bevölkerung betrifft – fließend und werden über neurechte Ideologiefragmente von »Identität« und »Widerstand« vermittelt.

Polarisierung der Einstellungen

Überraschend ist: Im Vergleich zum Jahr 2014 haben sich rechtspopulistische Einstellungen in 2016 über die Bevölkerung hinweg nicht weiter verbreitet. Aber es zeigt sich eine sich verschärfende Polarisierung:

Während sich die große Mehrheit der Befragten in der FES-Mitte-Studie 2016 noch deutlich als in der Studie 2014 für Demokratie, kulturelle und soziale Vielfalt und z.B. auch für die Aufnahme von Geflüchteten ausspricht, positioniert sich eine nicht ganz kleine, aggressive Minderheit deutlich dagegen. Dies wird sogar bei harten rechtsextremen und neurechten Aussagen wie der folgenden deutlich: »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.« Auf der einen Seite stimmten 56 Prozent der Befragten dieser Aussage überhaupt nicht zu, weitere 10 Prozent eher nicht zu, auf

rechtsextremen Einstellungen. Die Wähler der AfD gehören dabei keineswegs nur zu den »Abgehängten«, sondern zählen mehrheitlich zur Mittelschicht. Finanziell geht es ihnen nicht wesentlich schlechter als dem Durchschnitt, aber sie fühlen sich im Vergleich zu anderen schlechter gestellt.

Hier ist das Einfallstor für den Rechtspopulismus, der es schafft, dieses Gefühl auf die kollektive Ebene zu heben, als Schlechterstellung von »uns« im Vergleich zu den »Anderen«, und die Wut auf leichte Sündenböcke zu lenken: Ausländer, Flüchtlinge, Muslime, Juden, Homosexuelle, Feministinnen und alle, die sich im »links-rot-grün-68er verseuchten Deutschland« – so der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen auf dem AfD-Bundestag Anfang Mai 2016, der sich mit diesem Bezug auf Infektion und Krankheit klassischem Nazi-Jargon bedient – für mehr Vielfalt und Gleichwertigkeit einsetzen.

Hinschauen, wenn sich rechtspopulistische Einstellungen verbreiten

Die pauschale Beschimpfung von Politikern, Eliten und die Verachtung für komplizierte, mühselige und langwierige demokratische Prozesse sind ebenso wie Forderungen nach »Härte« gegen vermeintliche Außenseiter und mal offene,

entpuppt sich leider nicht selten als purer Rassismus gegen die »Anderen«, denen Gleichwertigkeit abgesprochen wird. Allzu leicht werden Ängste und Sorgen vorgeschoben, wenn es eigentlich um die Verteidigung überkommener Privilegien und Vormachtstellungen geht.

Der demokratischen Verfasstheit – und dazu gehört im Kern die Gleichwertigkeit in Verschiedenheit – droht nicht nur vom lauten, leicht erkennbarem Rechtspopulismus Gefahr, sondern mehr noch durch sein leises Einschleichen im vermeintlich bürgerlichen Gewand.

Anmerkungen

- (1) Die Befragung wurde vom Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum GmbH unter Leitung von Prof. em. Frank Faulbaum im Dual-Frame-Verfahren (70 % Festnetz, 30 % Mobiltelefon) durchgeführt.
- (2) Der Beitrag erscheint in ähnlicher Form auch in: Politikum, Diversity Magazin, SYM, Magazin der Evangelischen Akademie Bad Boll. ■

»Die Wähler der Alternative für Deutschland zählen mehrheitlich zur Mittelschicht«

der anderen Seite stimmen 9 Prozent überwiegend und immerhin 14 Prozent – also rund jeder Siebte. Befragte –voll und ganz zu (11 Prozent antworteten mit teils-teils). Eine solche Polarisierung lässt sich bei vielen Aussagen zur Politik, aber etwas auch zur Aufnahme von Geflüchteten beobachten.

Auch wenn sich rechtspopulistische und damit verknüpfte undemokratische, menschenfeindliche Einstellungen in vielen Milieus finden, wird deutlich: Potentielle Wähler der AfD neigen mit Abstand am häufigsten zu rechtspopulistischen, neurechten und sogar auch zu

mal subtil – beispielsweise über die Behauptung unüberwindlicher kultureller Unterschiede – daher kommende Abwertungen von diversen sozialen Gruppen verbreitet.

Es gilt, ein scharfes Auge und Gehör dafür zu haben, richten sie sich doch gegen den Kern der demokratischen Verfasstheit, die Menschenwürde und Gleichwertigkeit aller, deren Verschiedenheit nicht immer leicht ist, aber dazu gehört und wo es gilt, unterschiedliche Interessen auszuhandeln.

Das, was als »freie Meinungsäußerung« reklamiert und eingeklagt wird,



Aktiv werden – ehrenamtlich engagieren:

Erfüll Deine Freizeit mit Sinn:
Schenke jungen Menschen Deine Zeit
und Deine Fähigkeiten, z.B. in der

Malteser Jugend.

Nimm mit uns Kontakt auf – wir
beraten Dich gerne.

Weitere Infos unter:
www.malteser.de/aktiv-werden

